

FAZIT

Wahrnehmung und Realität sind nicht immer deckungsgleich. Die aufgestellten Forderungen der Mitgliederversammlung, die auch eine Prioritätenliste der Forderungen gegen Armut auf allen Ebenen ist, wurde von den Politikern nicht unbedingt geteilt.

Obwohl sich die Politiker den Fragen aus dem Volk stellen mussten und die Teilnehmer die Eingeladenen auch sehr direkt angingen, sind die Anliegen der von Armut Bedrohten und Betroffenen nicht in der Politik der Mehrheiten angekommen. Das muss für die Saarländische Armutskonferenz und ihrer Mitglieder Ansporn sein, noch stärker auf Politik und Politiker zuzugehen. Unsere Forderungen sind ja nicht beliebig, sondern wir haben diese Forderungen mit den beteiligten Sozialverbänden, Betroffenenvertretern, kommunalen Handlungsakteuren und unseren Mitgliedern diskutiert und eine Dringlichkeit/Wichtigkeit erarbeitet.

Wir nehmen für uns in Anspruch, dass wir als Lobby der „Armen im Saarland“ mit unseren Forderungen nah bei den Menschen sind und fordern Politiker auf, sich unsere Wertigkeit noch einmal vor Augen zu führen und in die eigene Diskussion mitzunehmen.

Leben in Armut darf nicht sein! Wir müssen Lebensverhältnisse schaffen, die Armut verhindern. Die Saarländische Armutskonferenz bietet mit dieser Schrift der Politik an, weiter gemeinsam an den Fragen zu arbeiten. Wir sind parteiisch und wollen es sein! Trotzdem kann eine gemeinsame Diskussion die Lösung für gelungenes Leben näher bringen.

Egbert Ulrich, Vorsitzender SAK

Die Saarländische Armutskonferenz
im Internet:

www.sak-ev.de.vu

Mobil: (015 20) 253 39 72

Saarländische  Armutskonferenz

ARMUT UND POLITIK

Dokumentation der Diskussionsreihe der
Saarländischen Armutskonferenz im Superwahljahr 2009

- Forderungskatalog -

Saarländische Armutskonferenz e.V.
Gatterstraße 13
66333 Völklingen
Mobil: (015 20) 253 39 72
E-Mail: sak@freenet.de
Web: www.sak-ev.de.vu

VORWORT

Podiumsdiskussionen laufen meistens nach Schema F ab. Ein Moderator begrüßt, es werden Eingangsstatements gehalten, dann gehen die Kontrahentinnen und Kontrahenten aufeinander los und das Publikum hat Mühe, sich Gehör zu verschaffen. Die Zuschauer sind verärgert oder müde, meistens beides. Das ist bei politischen Diskussionen fatal.

Wir als Saarländische Armutskonferenz wollten dies ändern. Wir wollten im Superwahljahr 2009 anlässlich der Kommunalwahlen, Europawahl, Landtagswahl und Bundestagswahl eine Diskussionskultur finden, die den Namen verdient und die das Publikum halbwegs zufrieden stellt.

Also hatten wir bei den vier Diskussionen Regeln aufgestellt, die insbesondere für die beteiligten Politikerinnen und Politiker eine Herausforderung dargestellt hatten.

Im Mittelpunkt sollte das Publikum stehen, die potenziellen Wählerinnen und Wähler. So saßen dann zum Teil die Diskutanten mit dem Rücken zum Publikum und mussten sich ihm zuwenden, wenn sie antworten wollten. Auseinandersetzungen zwischen den Politikern waren untersagt. Einzig das Publikum und im geringeren Umfang die Moderation (Vorsitzender Egbert Ulrich) bestimmten mit ihren Fragen, wer antworten sollte.

Drumherum reden war nicht möglich, da jeder Fragesteller u.a. eine Nachfrage hatte. Ein Publikumsanwalt (Manfred Klasen) sorgte zudem dafür, dass nicht am Thema vorbei geredet wurde und verteilte gelbe Karten, wenn nicht gezielt auf die Frage geantwortet wurde. Politikergezänk wurde mit „rot“ geahndet und mit der Klingel beendet.

Obwohl die Situation für Mandatsträger ungewöhnlich war, gab es doch durchweg positive Rückmeldungen. Wohl auch deshalb, weil die politischen Inhalte in der Auseinandersetzung mit den Bürgern im Vordergrund standen und nicht die „Schlammschlacht“.

Manfred Klasen, Leiter der Geschäftsstelle

IMPRESSUM Adresse: Titelseite

Verantwortlich: Egbert Ulrich, Vorsitzender
Autor: Manfred Klasen, Leiter der Geschäftsstelle
Auflage 300, Dezember 2009

Saarländische Armutskonferenz

Forderungen der Saarländischen Armutskonferenz

2009 war ein ganz besonderes Jahr. Nicht nur, dass die schwerste Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik zu bestehen war, sondern wir standen auch am Anfang eines Superwahljahres mit Weichenstellungen auf allen politischen Ebenen. Obwohl die Saarländische Armutskonferenz eine politisch neutrale Organisation ist und sein muss, entbindet uns dies nicht davon, mit aller Energie für die Rechte unserer Klientel, der armen Menschen im Saarland gegenüber der Politik aufzutreten. Wir sind als „Lobby für Arme“ geradezu verpflichtet, unsere Stimme zu erheben und uns einzumischen, droht doch die Wirtschaftskrise gerade bei unserem Klientel mit erbarmungsloser Härte zuzuschlagen.

Die folgende Aufstellung von Forderungen, für alle politischen Ebenen, ist der Versuch, grundlegende Anliegen allgemein zu formulieren, in Erweiterung unseres bestehenden Forderungskataloges.

Konkrete Forderungen der SAK im Superwahljahr 2009!

(Beschluss der Mitgliederversammlung vom 18.03.2009)

Kommunale Ebene

1. Einführung von „Sozialpässen“ in den Kreisen und im Regionalverband zur stark verbilligten Nutzung des ÖPNV, zur verbilligten Nutzung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen, zur kostenlosen Nutzung von Bildungseinrichtungen (Büchereien, VHS etc.) und von Nachhilfe für ärmere Schülerinnen und Schüler. Nutzungs-

berechtigt sind Personen im Leistungsbereich des SGB II (Hartz IV), des SGB XII (Grundsicherung, Sozialhilfe), des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie Personen mit potenziellem Wohngeldanspruch (Geringverdiener, Bezieher/innen kleiner Renten etc.).

2. Verbesserung der Situation bei den Argen (Träger: Bundesagentur und Landkreise) durch Ausschöpfung der Ermessensspielräume zugunsten der Langzeitarbeitslosen (Kosten der Unterkunft, Sonderleistungen, Weiterbildung etc.). Kooperativer Umgang statt Zwang - Verbesserung und Verstärkung der Fortbildung von Mitarbeiter/innen - Verringerung der Fallzahlen pro Sachbearbeiter/in - „unabhängige“ Ombudsleute in den Argen - Beteiligung von Arbeitslosen in den Beiräten - generell freundlicher und situationsgerechter Umgang mit den „Kunden“. Beteiligung von freien Trägern und Kommunen an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

3. Erarbeitung von kommunalen Armuts- und Sozialberichten als Grundlage für die Sozialplanung und als Anhaltspunkt für die Gewährung zusätzlicher sozialer Leistungen.

4. Wohnortnahe Einrichtung bzw. Sicherung von Arbeitslosenzentren, Gemeinwesenprojekten und /oder Sozialberatungsstellen sowie Ausbau der Schuldnerberatung. Bedarfsgerechte personelle und Sachausstattung.

Landesebene

5. Wiederaufnahme der finanziellen Förderung von Arbeitsloseninitiativen und Projekten zur Stabilisierung von Arbeitslosen, zur zwangsfreien Wiedereinstiegsberatung in den Arbeitsmarkt und zur Förderung der Solidarität unter Erwerbslosen.

6. Etablierung eines Bildungssystems, das allen Kindern Bildung, Erziehung und Betreuung unabhängig vom Einkommen der Eltern ermöglicht. Der zu erreichende Schulabschluss eines Kindes darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein! Allen Kindern mit

Förderungsbedarf sind geeignete Hilfen kostenlos und innerhalb der allgemeinen Bildungseinrichtungen zu gewähren.

7. Erarbeitung eines Landesarmuts- und Reichtumsberichts als Grundlage der Bewertung von Armut und der Erarbeitung eines Aktionsplans (unter besonderer Beachtung der Themen: Armut und Gesundheit bzw. Behinderung, Kinderarmut, Altersarmut und Armut trotz Arbeit). Kontinuierliche Fortschreibung des Armutsberichts und Untersuchungen der Auswirkungen gesellschaftlichen Reichtums auf die Armutsentwicklung, unter Beteiligung der Fachöffentlichkeit.

8. Förderung der landesweit tätigen Organisationen und Verbänden als Lobby für Arme und als Fachstellen für die Bekämpfung von Armut.

Bundesebene

9. Anhebung der zur Lebenssicherung vorhandenen Sozialleistungen auf ein existenzsicherndes, materielle Armut verhinderndes Niveau (min. 60 Prozent des gewichteten Durchschnittseinkommens)

10. Erarbeitung eines eigenen, bedarfsdeckenden, nicht von dem Erwachsenenregelsatz abgeleiteten Eckregelsatz für Kinder im Leistungsbereich des SGB II.

11. Generelle Befreiung aller Menschen unterhalb bzw. an der Armutsschwelle von Kosten für die Gesundheit (z.B. Praxisgebühr, Zuzahlungen bei Arzneimitteln, Hilfsmitteln und bei Krankenhaus- sowie Kuraufenthalten).

12. Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors zur dauerhaften Beschäftigung von Menschen, deren Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht gesichert ist. Überprüfung der Instrumente wie „Ein-Euro-Jobs“ auf ihre Wirkung hin, sowie Wiedereinführung von erprobten Maßnahmen wie ABM.

13. Einführung eines generellen, gesetzlichen Mindestlohns unter Beteiligung der Tarifpartner.

14. Regelmäßige Fortschreibung der Armutsberichterstattung auf Bundesebene durch unabhängige wissenschaftliche Stellen, unter Beteiligung der Verbände und Organisationen gegen Armut, als Basis für den nationalen Plan „Soziale Integration“.

Europaebene

15. Definition von gesetzlichen Mindestlöhnen oberhalb der jeweiligen nationalen Armutsgrenzen (Untergrenzen).

16. Definition und Überwachung von verbindlich geltenden Arbeitnehmerschutzrechten als Untergrenzen in den EU-Staaten (Arbeitszeit, Arbeitsschutz).

17. Angleichung der Regional- und Strukturfonds der EU an die formulierten Bedürfnisse der Regionen mit erhöhten Armuts- und Arbeitslosenquoten. Berücksichtigung von ärmeren Regionen auch innerhalb überdurchschnittlich „reicher“ Länder bei der Förderung.

18. Gezielte Förderung des grenzüberschreitenden Ausbaus der Beziehungen von Arbeitslosengruppen, Sozialverbänden und Netzwerken gegen Armut (insbesondere im grenznahen Raum).

ARMUT UND KOMMUNALPOLITIK

Die erste Diskussionsrunde fand am 22.04.2009 zum Thema „Armut und Kommunalpolitik“ statt. Im Johannes-Foyer, des Bistum Trier konnte eine gut besetzte Politikerrunde begrüßt werden.



Von den Parteien waren die CDU mit Rainer Hück, die SPD mit Peter Gillo, DIE LINKE mit Klaus-Eckhard Walker, Bündnis90/DIE GRÜNEN mit Ingrid Wacht und die FDP mit Friedhelm Fiedler vertreten. Einer der Hauptstreitpunkte war die von der Mitgliederver-

sammlung der Armutskonferenz favorisierte Einführung von „Sozialpässen“ zur verbilligten Nutzung öffentlicher Freizeit- und Kultureinrichtungen, von Bus und Bahn.

Während vor allem DIE LINKE, Grüne aber auch FDP und in einer spezielleren Form auch der CDU-Vertreter sich mit dieser Idee anfreunden konnten, stieß die Forderung beim SPD-Vertreter Gillo auf Ablehnung. Er wolle die seiner Meinung nach nötigen finanziellen Mittel lieber in Ganztagschulen investieren. Beim anwesenden Publikum wurde der Pass hingegen als wichtig eingestuft.

Ein weiteres Diskussionsthema war das kostenlose Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler!

Am Ende der Diskussion hatten die Politiker Gelegenheit, Punkte für von der Armutskonferenz formulierten Forderungen zu vergeben. Bemerkenswert war dabei, dass die Forderung Nr. 1 nach einem „Sozialpass“ lediglich Punkte von Lin-

1. Einführung von „Sozialpässen“ in den Kreisen zur stark verbilligten Nutzung des ÖPNV, zur verbilligten Nutzung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen, zur kostenlosen Nutzung von Bildungseinrichtungen (Büchereien, VHS etc.) und von Nachhilfe für ärmere Schülerinnen und Schüler. Nutzungsberechtigt sind Personen im Leistungsbereich des SGB II, des SGB XII, des Asylbewerberleistungsgesetzes, sowie Personen mit potenziellem Wohngeldanspruch (Geringverdiener, Bezieher/innen kleiner Renten etc.)

ke, Grüne und CDU erhielt. Die Forderung nach Errichtung bzw. Sicherung von wohnortnahen Arbeitslosenzentren, Sozialberatungsstellen etc. erhielt von allen Parteien und insgesamt die größte Zustimmung. Auch wenn möglichst alle Forderungen erfüllt werden sollten, muss doch das Gespräch zu den Prioritäten in Zeiten knapper Kassen gesucht werden.

ARMUT UND EUROPAPOLITIK

Absolut hochkarätig besetzt und gut besucht war die Diskussionsrunde zu Armut und Europapolitik. Der Einladung der Armutskonferenz für den 25. Mai folgen die Abgeordneten Dr. Doris Pack (CDU), Jo Leinen (SPD), Dr. Jorgo Chatzimarkakis (FDP) und die Kandidatinnen Dr. Ulrike Voltmer (DIE LINKE) und Tina Schöpfer (Bündnis90/DIE GRÜNEN).



Jo Leinen (SPD) hatte darauf verwiesen, dass die EU das Wohlstandsniveau gehoben habe. Arbeitslose würden von den Sozialfonds profitieren - gleicher Lohn für gleiche Arbeit müsse angestrebt werden - die Sozialunion müsse das Ziel sein.

Doris Pack (CDU) verwies ebenfalls darauf, dass die Sozial- und Strukturfonds der EU Gutes geleistet hätten. Im Übrigen sei sie nicht für einen Mindestlohn, wohl aber für ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen. Weiter müsse mehr für die Bildung getan werden.

Ulrike Voltmer (DIE LINKE) kritisierte, dass die EU die sozialen Standards nach unten definiere. Die Rente mit 67 sei nur mit Hilfe der EU möglich gewesen. Sie sei dafür, dass zukünftig Projekte von der EU auf Dauer finanziert werden. Die Gießkannenförderung müsse aufhören. Das Recht auf Ernährung, Frieden und Ökologie müssten zusammen gedacht werden.

Jorgo Chatzimarkakis (FDP) hielt entgegen, dass die EU soziale Mindestschutzrechte definiert habe und die Liberalisierung zu Preissenkungen geführt habe. Jeder müsse die gleichen Chancen auf Bil-

dung haben. Die Regional- und Strukturfonds seien wichtig und müssten von Landesseite auch abgerufen werden.

Tina Schöpfer (GRÜNE) schließlich nannte die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU für Behinderte positiv, schlecht sei hingegen die immer noch unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen. Wichtig seien Investitionen in Bildung und ein soziales Europa.

Auffällig auch in dieser Diskussionsrunde war, dass die Prioritäten der Politik und der Armutskonferenz deutlich auseinandergingen!



ARMUT IM SAARLAND

Das Interesse an dieser Veranstaltung am 7. Juli war geringer als an den ersten Diskussionen, wohl wegen der Ferienzeit und auch deshalb, weil die Kompetenzen des Landes bei der Armutsbekämpfung vielfach indirekter Natur sind. So konzentrierte sich die Diskussion auch stark auf

den Bildungsbereich und die Betreuung von Kindern. Die beschlossene Sozialstudie spielte nur eine Nebenrolle. Bei dieser Diskussion wurde erkennbar Unmut aus dem Publikum laut, der sich in einem allgemeinen Vertrauensmangel ausdrückte. Die politischen Lager hatten ihre bekannten gegensätzlichen Positionen für die Gemeinschafts-

Wiederaufnahme der finanziellen Förderung von Arbeitsloseninitiativen und Projekten zur Stabilisierung von Arbeitslosen, zur zwangsfreien Wiedereinstiegsberatung in den Arbeitsmarkt und zur Förderung der Solidarität unter Arbeitslosen.

Erarbeitung eines Landesarmuts- und Reichtumsberichts als Grundlage der Bewertung von Armut und der Erarbeitung eines Aktionsplans (unter besonderer Beachtung der Themen: Armut und Gesundheit bzw. Behinderung, Kinderarmut, Altersarmut und

Armut trotz Arbeit), kontinuierliche Fortschreibung des Armutsberichts und Untersuchungen der Auswirkungen gesellschaftlichen Reichtums auf die Armutsentwicklung, unter Beteiligung der Fachöffentlichkeit

schule bzw. für das dreigliedrige Schulsystem zum Ausdruck gebracht.

Auch in dieser Diskussion war festzustellen, dass die Prioritäten der Armutskonferenz und die Notwendigkeiten, die die Parteienvertreter sahen, doch deutlich auseinanderlagen. So wurde die Forderung nach Wiederaufnahme der finanziellen Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen und Projekten jediglich von Simone Wied (Bündnis90/DIE GRÜNEN) und Thomas Lutze (DIE LINKE) unterstützt.

Alle Parteivertreter, also auch Anja Wagner-Scheid (CDU) und Martina Engel-Otto (FDP), verteilten Punkte für einen Armuts- und Reichtumsbericht. Diese Forderung fand insgesamt den größten Zuspruch, dicht gefolgt von einem Bildungssystem, das Schulabschlüsse unabhängig vom Einkommen der Eltern ermöglicht. Diese Forderung stand auch bei der Armutskonferenz auf Platz zwei.

ARMUT IN DEUTSCHLAND

Bei dieser letzten Diskussionsveranstaltung am 2. September zur Bundespolitik gingen die Emotionen hoch her. Es waren die Themen Hartz

IV, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaft, die die Besucherinnen und Besucher ins Gustav-Adolf-Haus nach Alt-Saarbrücken lockten. Im voll besetzten Saal wurde nicht mit Kritik gespart und so sahen sich die anwesenden Politiker teils massiven Angriffen ausgesetzt. Teilgenommen hatten für die CDU, Roland Theis, für DIE LINKE, MdB Volker Schneider, für die FDP,

Erarbeitung eines eigenen, bedarfsdeckenden nicht von dem Erwachsenenregelsatz abgeleiteten Eckregelsatz für Kinder im Leistungsbereich des SGB II.

Oliver Luksic und für Bündnis90/DIE GRÜNEN, MdL Claudia Willger-Lambert. Die SPD hatte sich nicht angemeldet.

Oliver Luksic (FDP) plädierte stark für das Bürgergeldmodell seiner Partei, dass 662 Euro für eine alleinlebende Person vorsieht. Er sprach sich gegen einen Mindestlohn, das sei Sache der Tarifpartner, aber für gleichen Lohn von Männern und Frauen. Ein eigenständiger Regelsatz (Hartz IV) für Kinder sei notwendig. Für Roland Theis (CDU) war es wichtig „Bildungsarmut“ und Schulabbrüche zu verhindern. Seiner Meinung nach leben wir in einer relativ gerechten Gesellschaft. Jedem stehe ein ausreichender Lohn zu. Das Schonvermögen bei Hartz IV solle erhöht werden. Auch er plädierte für einen eigenständigen Kinderregelsatz. Ungerechtigkeiten seien aber kein reines Hartz-IV-Problem und Gleichbehandlung sei nicht automatisch auch gerecht.

Claudia Willger-Lambert (Grüne) will soziale Teilhabe ermöglichen. Die Pauschalierung von Leistungen, etwa bei Hartz IV sei nicht immer bedarfsdeckend. Der Staat müsse dort Leistungen automatisch gewähren, wo der Bedarf erkannt wird. Kinderarmut müsse stärker bekämpft werden. Im Bereich neuer Energien könnten Arbeitsplätze entstehen, Subventionen in den Bergbau seien nicht sinnvoll.

Volker Schneider (DIE LINKE) sprach sich für einen flächendeckenden Mindestlohn aus, von dem man auch leben könne. Deutschland sei weiterhin ein reiches Land. Die Umverteilung müsse wieder „von oben nach unten“ erfolgen und nicht umgekehrt. Mit der Einführung von Börsenumsatzsteuer und Vermögenssteuer sei der Sozialstaat auch wieder finanzierbar. Hartz IV müsse grundlegend verändert werden.

Bei der anschließenden Punkteverteilung für die Forderungen der Armutskonferenz erhielt der eigenständige Kinderregelsatz bei Hartz IV Zustimmung von allen politischen Lagern. Der Forderung nach allgemeiner Anhebung von Hartz IV, Grundsicherung im Alter etc. konnten sich nur LINKE und Grüne anschließen. Für die Befreiung von Kosten der Gesundheit für Einkommensarme gab es „keine“ Punkte!

Generelle Befreiung aller Menschen unterhalb der Armutsschwelle von Kosten für die Gesundheit (z. B. Praxisgebühr, Zuzahlungen bei Arzneimitteln, Hilfsmitteln und bei Krankenhausaufenthalten)